

## A UNMITTELBARER UND MITTELFRISTIGER POLITISCHER HANDLUNGSBEDARF

### A 1 DIE KRISE ABWENDEN

#### A 1–1 BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION – GERADE IN DER REZSSION EINE PRIORITÄT

Die sich abzeichnende weltweite Rezession ist in dieser Form bisher einzigartig. Sie erfasst bereits alle Bereiche der Wirtschaft. Deutschland ist aufgrund seiner Exportorientierung besonders stark betroffen. Gleichzeitig sind deutsche Unternehmen aufgrund der Produktivitätsfortschritte und finanziellen Erfolge der letzten Jahre besser für die Krise gewappnet als viele ihrer ausländischen Wettbewerber. Meldungen über Auftragseinbrüche, Entlassung von Arbeitskräften und ein Zurückfahren der Investitionen sind aber auch hierzulande an der Tagesordnung. Noch ist nicht absehbar, wie lange die Talfahrt dauern wird und wie tief sie führt. Gefahren drohen auch aus protektionistischen Interventionen in anderen Ländern. Die Bundesregierung muss diesen Tendenzen entschieden entgegenwirken.

Die Bundesregierung hat mit den Konjunkturpaketen wichtige Schritte eingeleitet. Die schon beschlossenen und noch kurzfristig anstehenden Maßnahmen zielen vornehmlich auf eine Konjunkturunterstützung und -belebung ab. Die Belange von Bildung, Forschung und Innovation sollten allerdings vorrangig berücksichtigt werden, um nachhaltige Effekte zu erzielen. Die Expertenkommission regt an, im Zuge der konkreten Umsetzung des Konjunkturpakets II die von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Maßnahmen noch stärker auf diese Schwerpunkte auszurichten. Geschieht dies nicht, werden später in entscheidendem Umfang Mittel fehlen, um die Wettbewerbsposition Deutschlands zu verbessern. Daher muss darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen des Konjunkturpakets II soweit als irgend möglich eine Stärkung von Forschung und Innovation bewirken. Zudem sollten die forschungsrelevanten Maßnahmen mit der Hightech-Strategie vernetzt und in deren Weiterentwicklung eingebunden werden.

#### A 1–2 STABILISIERUNG DER UNTERNEHMENSFINANZIERUNG

Die ersten Schritte der Bundesregierung im Spätherbst 2008 galten der Stabilisierung des Bankensystems und der Unternehmensfinanzierung. Den Zusammenbruch systemrelevanter Banken zu verhindern und den Fluss der Fremdkapital-Vergabe am Laufen zu halten, war vordringlich. Nur so konnten die Einflüsse der Finanzkrise auf die Wirtschaft ein-

gedämmt werden. Die ansonsten möglichen weiteren Einschränkungen der Kreditbereitstellung hätten den Unternehmen die Luft zum Atmen nehmen können. Die Maßnahmen der Bundesregierung waren damit, so schwer sie fielen, mit Blick auf die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Fremdkapital notwendig.

Die Expertenkommission weist jedoch darauf hin, dass eine verbesserte Verfügbarkeit von Krediten den Unternehmen nur begrenzt bei der Finanzierung von Innovationen weiterhilft. Es steht daher zu erwarten, dass die prognostizierten Auftrags- und Umsatzeinbrüche auch mit einer erheblichen Reduktion der FuE-Aufwendungen einhergehen werden. Das Ziel, in Deutschland bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren, kann gerade unter diesen Umständen nicht erreicht werden. Das bedeutet nicht, dass die Zielsetzung aufgegeben werden sollte. Aber die Politik muss noch konsequenter als bisher die Anreize und Rahmenbedingungen für F&I verändern.

Der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen kommt dabei besonders große Bedeutung zu. Eigenkapitalbildung muss im Steuersystem stärker begünstigt werden. Zudem kommt einer angemessenen Gestaltung steuerlicher Anreize für externe Eigenkapitalgeber eine wachsende Bedeutung zu: Nur wenn Kapitalbeteiligungsgesellschaften wie auch *Business Angels* positive steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Unternehmensgründungen und innovative Unternehmen vorfinden, können sie stärker als bisher positive gesamtwirtschaftliche Wirkung entfalten. Diese Forderung bezieht sich allerdings nicht nur auf die inhaltliche Ausgestaltung, sondern auch auf die Verständlichkeit und Praktikabilität solcher Regelungen.

Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die Ausgestaltung der Verlustvorträge im Rahmen des §8c Körperschaftsteuergesetz verwiesen: Die aus gut verständlichen Gründen vorgenommene Neuregelung führt praktisch zu verringerter Attraktivität von Beteiligungsfinanzierungen in Deutschland und verschärft die Problematik der unzureichenden Eigenkapitalausstattung heimischer Unternehmen in Zeiten instabiler Finanzmärkte.

## F&I-RELEVANTE KOMPONENTEN DES KONJUNKTURPAKETS II

A 1–3

### **Investitionen in Bildung**

Bund und Länder haben im Rahmen des Konjunkturpakets II unter anderem beschlossen, in den Jahren 2009 und 2010 8,7 Milliarden Euro überwiegend für Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Weiterbildung und Forschung bereitzustellen. Die Kommission betrachtet diese notwendigen Investitionen als ersten Schritt angesichts eines geschätzten Sanierungsbedarfs von 100 Milliarden Euro.

Der Mitteleinsatz liegt dabei bei den Ländern (30 Prozent) und Kommunen (70 Prozent). Somit werden insbesondere Investitionen in Schulen und Kinderbetreuung im Vordergrund stehen. Die Expertenkommission begrüßt diese Investitionen, besonders mit Blick auf die zentrale Rolle präventiver Bildungspolitik für die Innovationsfähigkeit Deutschlands, die im letzten Gutachten ausführlich erläutert worden ist.

Die den Bildungseinrichtungen zugute kommenden Mittel müssen in den Jahren 2009 und 2010 ausgegeben werden. An größeren Projekten mit längerer Laufzeit, die noch im Planungsstadium stehen, könnte die Förderung daher vorbeiziehen. Einen raschen Mittelabfluss bremsen etwa die langen Ausschreibungsfristen der Bau- und Planungsbehörden.

den sowie Schwerfälligkeiten im Beschaffungswesen. Aufgrund des engen Zeitrahmens war es sinnvoll, die Vergabekriterien mit dem Konjunkturpaket II für die Dauer von zwei Jahren zu lockern. Jetzt ist es wichtig, dass diese Erleichterungen auch voll ausgeschöpft werden. Die Beschaffung durch die öffentliche Hand muss flexibel und innovationsfördernd erfolgen. Aufträge dürfen nicht nur an Großunternehmen gehen, mit denen es eine bewährte Zusammenarbeit gibt. Vielmehr müssen auch junge und kleine Unternehmen berücksichtigt werden.

### **Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)**

Als breitenwirksame Maßnahme sollen in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 900 Millionen Euro über das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) in die Wirtschaft fließen. Die Expertenkommission bewertet diese Maßnahme prinzipiell positiv, da sie die Finanzierung von Innovationsprojekten in KMU sinnvoll unterstützen können. Allerdings stellt sie wohl nur die zweitbeste Variante dar – die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung wäre der bessere Beitrag zu einer nachhaltigen Stärkung von Forschung und Innovation in KMU gewesen.

Die Expertenkommission empfiehlt, der Förderung von Projekten in jungen, innovativen Unternehmen im Kontext des ZIM-Programms besonderen Vorrang einzuräumen. Zudem sollten schwerpunktmäßig auch innovative Dienstleistungen gefördert werden, um eine einseitige Ausrichtung auf Technologiethemata zu vermeiden. Darüber hinaus sieht die Expertenkommission nach wie vor die Notwendigkeit, die themenübergreifende Förderung von KMU mittelfristig durch eine steuerliche FuE-Förderung zu ergänzen. Der Ausbau des ZIM-Programms darf nicht zu einer weiteren Verzögerung der Einführung der steuerlichen FuE-Förderung führen.

### **Förderung der Mobilitätsforschung**

Die Expertenkommission begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung im Konjunkturpaket II eine Förderung von insgesamt 500 Millionen Euro für die anwendungsorientierte Forschung im Bereich Mobilität plant. Kompetenzen in der Elektrochemie, insbesondere in der industriellen Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien, und die Entwicklung von umweltschonenden Antriebskonzepten sind von großer Bedeutung und sollten in dieser Fördermaßnahme thematisch verankert werden. Auch hier rät die Expertenkommission dazu, KMU und jungen Unternehmen besondere Berücksichtigung zu geben. Bei geeigneter Gestaltung könnte dieses Programm – ebenso wie das ZIM – auch Unternehmen mit Wagniskapitalfinanzierung gezielt unterstützen. In den Gremien und Dialogrunden, die über den Einsatz der Mittel aus den Programmen beraten und entscheiden, sollten daher unbedingt auch Vertreter der Wagniskapitalindustrie und der Industrieverbände eingebunden sein, die die Interessen junger Unternehmen wahrnehmen.

### **Infrastrukturförderung**

Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung sehen eine Infrastrukturförderung in einigen Bereichen vor, darunter Verkehr sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (Breitbandnetze). Das ist ausdrücklich zu begrüßen und wird auch der Innovationskraft des Landes zugute kommen. Der Ausbau von Breitbandverbindungen im ländlichen

Raum kann maßgeblich dazu beitragen, die Defizite Deutschlands bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu reduzieren. Was jedoch noch fehlt, sind entschiedene Infrastrukturmaßnahmen zum Ausbau unserer Elektrizitätsnetze. Starke und „intelligente“, an die zukünftigen Bedürfnisse angepasste Versorgungsnetze sind unerlässlich, um die sinnvollen und ambitionierten Ziele der Bundesregierung in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien zügig zu erreichen.

## KEINE AUFRECHNUNG MIT SCHON BESCHLOSSENEN STRATEGISCHEN MASSNAHMEN

A 1–4

Mit Nachdruck weist die Kommission auch darauf hin, dass die für das Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellten Mittel nicht mit Maßnahmen im Rahmen des Hochschulpaktes oder der Exzellenzinitiative aufgerechnet werden dürfen. Die deutschen Hochschulen benötigen diese Gelder dringend, um exzellente Forschungsbedingungen und neue Studienplätze schaffen zu können. Die zentralen Festlegungen für die Fortführung des Hochschulpaktes und der Exzellenzinitiative sollten vor den Wahlen 2009 erfolgen, um Planungssicherheit zu geben. Es gilt, den Kurs hin zu einer nachhaltigen Verbesserung im gesamten Bildungssystem zu halten. Die Schuldendiskussion darf nicht zur Behinderung des Ausbaus von Bildung, Forschung und Innovation führen.

## MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN – FORSCHUNG UND INNOVATION 2020

A 2

### WAHLJAHR 2009

A 2–1

2009 ist ein Wahljahr. Mit den Vorbereitungen für die nächste Legislaturperiode muss frühzeitig begonnen werden. Aus diesem Grund beschreibt die Expertenkommission an dieser Stelle den mittelfristigen politischen Handlungsbedarf, vor dem die neu ins Amt kommende Regierung Ende 2009 stehen wird. Diese Hinweise greifen die Diskussion im Gutachten 2008 auf.

### HERAUSFORDERUNGEN

A 2–2

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Der Wettbewerb durch andere industrialisierte Länder und durch Schwellenländer nimmt zu. Deutschlands Position in Forschung und Innovation gerät schon dann unter Druck, wenn die Aufwendungen für Forschung und Innovation nur beibehalten werden. Stillstand ist Rückschritt, da andere Volkswirtschaften den Themen Bildung, Forschung und Innovation inzwischen größere Priorität einräumen. Dabei reagieren diese Länder zielgerichtet und oft schneller als Deutschland auf wichtige Entwicklungen.

Herausforderungen erwachsen insbesondere aus der Wissensintensivierung der Wirtschaft. Die Nachfrage nach Hochqualifizierten wächst, weil Wertschöpfungsprozesse zunehmend auf den Produktionsfaktor Wissen angewiesen sind. Einfache Tätigkeiten werden dagegen immer weniger nachgefragt.